



VEREINSSATZUNG DER MOTIVGRUPPE WEIHNACHTEN E.V.

Bundesarbeitsgemeinschaft
im VPhA (Verband der Philatelistischen Arbeitsgemeinschaften)
und BDPH (Bund Deutscher Philatelisten)



§1

Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen

Motivgruppe Weihnachten e. V.

- im folgenden Verein genannt -

und ist eine Bundesarbeitsgemeinschaft im Bund Deutscher Philatelisten e. V.

2. Der Verein hat seinen Sitz in Hamburg. Er ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg eingetragen.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck und Aufgaben

Der Zweck des Vereins ist die philatelistische und thematische Erforschung von Postwertzeichen, Stempeln und anderen Belegen amtlicher und nichtamtlicher Herkunft zum Motiv Weihnachten, die Förderung der Jugendpflege, Volksbildung und Völkerverständigung sowie die Hilfe beim Aufbau von Weihnachtssammlungen.

1. Der Satzungszweck wird insbesondere durch folgende Aufgaben verwirklicht:
 - a) Darstellung und Vermittlung der Philatelie als Kulturgut in allgemeineschichtlicher und thematischer Hinsicht sowie aus dem postgeschichtlichen Umfeld einschließlich der Schaffung der hierzu notwendigen Voraussetzungen,
 - b) Berichterstattung über aktuelle Themen sowie der Ergebnisse von Forschungsarbeiten zum Motivgebiet,
 - c) Förderung der Jugendpflege, insbesondere in den Bereichen Jugendphilatelie, der jugendpflegerischen Tätigkeit und der außerschulischen Jugendbildung,
 - d) Förderung des Gedankens der Völkerverständigung über die Philatelie, insbesondere durch Vereins- und Sammlerpartnerschaften ins Ausland und Beteiligungen an gegenseitigen philatelistischen Ausstellungen,
 - e) fachkundliche Vorträge und Tauschverkehr unter den Mitgliedern,
 - f) allgemeine Aufklärung über Missstände in der Philatelie und deren Bekämpfung,
 - g) Beistand für die Mitglieder und die Angehörigen verstorbener Mitglieder durch den Verein bei der Verwertung ihrer Sammlungen.
2. Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.
3. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keinerlei Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Ausgenommen sind Kostenersatzleistungen und notwendige Aufwendungen in Erfüllung der Vereinsaufgaben.
5. Es dürfen keine Personen durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, begünstigt werden.

§ 3

Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, die sich mit Zweck und Aufgaben des Vereins einverstanden erklärt.
2. Der Verein besteht aus aktiven und passiven Mitgliedern sowie aus Ehrenmitgliedern.
3. Aktive Mitglieder sind die im Verein direkt mitarbeitenden bzw. am Vereinsleben teilnehmenden Mitglieder; passive Mitglieder sind Mitglieder, die sich zwar nicht aktiv innerhalb des Vereins betätigen, jedoch die Ziele und auch den Zweck des Vereins fördern und unterstützen.

4. Eine Familienmitgliedschaft ist möglich.
5. Zum Ehrenmitglied können durch einstimmigen Beschluss des Vorstandes Personen ernannt werden, die sich in besonderer Weise um den Verein und die Philatelie verdient gemacht haben. Die Ernennung ist der Mitgliederversammlung bekannt zu geben. Die Mitgliederversammlung kann aus wichtigem Grund eine Ehrenmitgliedschaft aberkennen. Dazu bedarf es einer Dreiviertelmehrheit der gemäß § 10 Abs. 4 der Satzung abstimmungsberechtigten Mitglieder. Ehrenmitglieder sind von der Beitragszahlung befreit, sie haben jedoch die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Mitglieder.
6. Eine Mitgliedschaft ist nicht übertragbar und nicht vererblich. Die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte kann nicht einem anderen überlassen werden.

§ 4

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen angebotenen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und alle Dienste und Leistungen des Vereins in Anspruch zu nehmen. Sie haben darüber hinaus das Recht, gegenüber dem Vorstand und der Mitgliederversammlung Anträge zu stellen. In der Mitgliederversammlung kann das Stimmrecht nur persönlich ausgeübt werden.
2. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein und den Vereinszweck - auch in der Öffentlichkeit - in ordnungsgemäßer Weise zu unterstützen.
3. Bei Mitgliedern mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland wird vorausgesetzt, dass sie dem BDPH angehören oder die Mitgliedschaft nach dem Beitritt in die Motivgruppe unverzüglich erwerben. Von allen übrigen Mitgliedern wird die Zugehörigkeit zum jeweiligen nationalen Philatelistenverband erwartet.

§ 5

Beginn/Ende der Mitgliedschaft

1. Aufnahmegesuche sind schriftlich an den Vorstand zu richten, der über Annahme oder Ablehnung entscheidet. Eine Ablehnung kann ohne Angabe von Gründen erfolgen.
2. Die Mitgliedschaft endet durch freiwilligen Austritt, Ausschluss oder Tod des Mitglieds.
3. Die freiwillige Beendigung der Mitgliedschaft muss durch schriftliche Kündigung zum Ende des Geschäftsjahres unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist gegenüber dem Vorstand erklärt werden. Eine rückwirkende Beendigung der Mitgliedschaft ist aus zwingenden Gründen bis zum 15. Januar des Folgejahres möglich.
4. Der Ausschluss eines Mitglieds mit sofortiger Wirkung kann dann ausgesprochen werden, wenn das Mitglied in grobem Maße gegen die Satzung, den Vereinszweck oder die Vereinsinteressen verstößt oder länger als sechs Monate mit dem Mitgliedsbeitrag in Verzug ist. Zur Stellung des Ausschlussantrages ist jedes Mitglied berechtigt.
5. Über den Ausschluss eines Mitglieds entscheidet der Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit. Dem Mitglied ist unter Fristsetzung von zwei Wochen Gelegenheit zu geben, sich vor dem Vereinsausschluss zu den erhobenen Vorwürfen zu äußern. Der Ausschluss ist der Mitgliederversammlung zur Kenntnis zu geben.
6. Der Status eines Ehrenmitgliedes erlischt durch Aberkennung durch die Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit, Verzicht oder Tod.
7. Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedsverhältnis. Eine Rückgewähr von Beiträgen, Spenden oder sonstigen Unterstützungsleistungen ist grundsätzlich ausgeschlossen. Der Anspruch des Vereins auf rückständige Beitragsforderungen bleibt hiervon unberührt.

§ 6

Mitgliedsbeitrag

1. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages wird durch die Mitgliederversammlung festgesetzt. Dieser ist innerhalb der ersten zwei Monate eines Kalenderjahres zu entrichten bzw. bei neuen Mitglieder innerhalb der folgenden zwei Monate nach Beitritt in den Verein. Im Laufe des ersten Halbjahres eintretende Mitglieder zahlen den halben Beitrag. Neue Mitglieder, die nach dem 1. Juli eintreten, zahlen keinen Beitrag für das erste Kalenderjahr."
2. Umlagen können nur in der Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit festgesetzt werden.
3. Über eine Befreiung oder Ermäßigung in besonderen Fällen entscheidet der Vorstand.
4. Für die Höhe der jährlichen Mitgliedsbeiträge ist die jeweils gültige Beitragsordnung maßgebend.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. der Vorstand.

§ 8 Vorstand

Der Vorstand besteht aus

- dem 1. Vorsitzenden
- dem 2. Vorsitzenden
- dem Schatzmeister

2. Der Verein wird durch die Vorstandsmitglieder gerichtlich und außergerichtlich vertreten; sie sind jeweils alleinvertretungsberechtigt (§ 26 BGB). Einzelheiten der Vertretungsberechtigung und Verantwortlichkeit regelt die Geschäftsordnung des Vorstandes.
3. Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Jahren mit einfacher Stimmenmehrheit durch Akklamation gewählt, auf Antrag durch geheime schriftliche Stimmabgabe. Wiederwahl ist zulässig. Das Amt beginnt mit der Annahme und endet mit Ablauf der 3. ordentlichen Mitgliederversammlung, die der Wahl folgt.
Wiederwahl ist zulässig. Das Amt beginnt mit der Annahme und endet mit Ablauf der 3. ordentlichen Mitgliederversammlung, die der Wahl folgt.
Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, so kann der Vorstand durch gemeinsamen Beschluss mit dem Beirat ein Vereinsmitglied zum kommissarischen Vorstandsmitglied bis zur nächsten Mitgliederversammlung bestimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung die Stimme seines Vertreters.
4. Der Vorstand ist für die Geschäfte des Vereins verantwortlich. Er entscheidet selbständig in allen Fragen, die nicht in die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung fallen.
5. Der 1. Vorsitzende leitet die Mitgliederversammlung sowie die Sitzungen des Vorstandes und ist für die Einberufung dieser Gremien verantwortlich. Bei Verhinderung des 1. Vorsitzenden oder bei Fragen, die ihn persönlich betreffen, tritt an seine Stelle der 2. Vorsitzende.
6. Der Vorstand fasst in Vorstandssitzungen Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Anwesenden; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Über Vorstandssitzungen sind Protokolle zu fertigen. Im Einverständnis aller Vorstandsmitglieder können Beschlüsse auch im Umlaufverfahren in Textform gefasst werden.
7. Weitere Einzelheiten regeln die Geschäftsordnung und der Geschäftsverteilungsplan des Vorstandes.

§ 9 Beirat

1. Der Beirat, der aus bis zu sechs Mitgliedern bestehen kann, hat beratende Funktion und soll die Arbeit des Vorstandes in jeglicher Weise unterstützen.
2. Die Beiratsmitglieder werden auf Vorschlag des Vorstandes für eine dreijährige Dauer berufen. Hierfür ist ein einstimmiger Beschluss der Vorstandschaft notwendig. Die Ernennung ist der Mitgliederversammlung bekannt zu geben. Die Mitgliederversammlung kann aus wichtigem Grund die Ernennung eines Beiratsmitglieds mit Dreiviertelmehrheit ablehnen.

§ 10 Mitgliederversammlungen

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung, die jährlich an einem Ort in Deutschland oder in einem Nachbarland während des ersten Kalenderhalbjahres stattfindet, hat folgende Aufgaben:
 - a) Sie nimmt die Jahresberichte des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und der Revisoren entgegen.
 - b) Sie stimmt über die Entlastung des Vorstandes ab.
 - c) Sie wählt den Vorstand auf drei Jahre.
 - d) Sie wählt die Revisoren, die Vereinsmitglieder sein müssen, aber dem Vorstand nicht angehören dürfen.
 - e) Sie setzt den Vereinsbeitrag und die Aufnahmegebühr fest und ändert bei Bedarf deren Höhe.
 - f) Sie entscheidet über alle Anträge, die der Vorstand oder ein Vereinsmitglied ihr zur Entscheidung vorlegen.
 - g) Sie beschließt über Satzungsänderungen, für die jedoch eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich ist.
 - h) Sie genehmigt den Haushaltsvorschlag für das laufende Jahr.

2. Zur ordentlichen Mitgliederversammlung sind alle Mitglieder unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung in Textform (per einfachen Brief, per E-Mail oder in sonstiger telekommunikativer Form) durch den Vorstand einzuladen.
Die Einladung gilt als form- und fristgerecht erfolgt und dem Mitglied als zugegangen, wenn diese drei Werktage vor Ende der Einladungsfrist an die zuletzt vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene Adresse oder E-Mail-Adresse versandt wurde.
Anträge zur Tagesordnung sind mindestens 2 Wochen vor der Mitgliederversammlung in Textform an den Vorstand zu stellen.
3. Einberufene Mitgliederversammlungen sind grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
4. In der Mitgliederversammlung stimmberechtigt sind aktive, passive sowie Ehrenmitglieder, soweit diese zum Zeitpunkt der Versammlung Vereinsmitglied sind. Ein Mitglied ist nicht stimmberechtigt, wenn die Beschlussfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäfts mit ihm und den Verein betrifft. Das gleiche gilt für die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits zwischen ihm und dem Verein.
5. Beschlüsse in der Mitgliederversammlung sind mit einfacher Mehrheit der erschienenen, stimmberechtigten Mitglieder zu fassen. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.
Auf Verlangen von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder hat eine schriftliche Abstimmung zu erfolgen.
6. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung hat stattzufinden, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder unter Angabe des Grundes die Einberufung schriftlich beantragen oder der Vorstand dies im Vereinsinteresse für notwendig hält.
Die Einberufung hat innerhalb von sechs Wochen zu erfolgen. Dabei gelten die gleichen Formalien wie für die ordentliche Mitgliederversammlung.
Die außerordentliche Mitgliederversammlung hat die gleiche Zuständigkeit wie die ordentliche Mitgliederversammlung. Sie beschließt insbesondere auch über den Widerruf der Wahl zum Vorstandsmitglied, wenn sie eine grobe Pflichtverletzung oder eine Unfähigkeit zur ordentlichen Geschäftsführung feststellt.
7. Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es ist der nächsten Mitgliederversammlung zur Kenntnis zu bringen.
8. Ein Beschluss ohne Versammlung der Mitglieder ist gültig, wenn alle Mitglieder beteiligt wurden, bis zu dem vom Vorstand gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Mitglieder ihre Stimmen in Textform abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.

§ 11 Revisoren

1. Über die Mitgliederversammlung sind zwei Revisoren für die Dauer von drei Jahren zu wählen, die nicht dem Vorstand angehören dürfen.
2. Die Revisoren haben die Aufgabe, Rechnungsbelege sowie deren ordnungsgemäße Verbuchung und die Mittelverwendung zu überprüfen sowie mindestens einmal jährlich den Kassenbestand des abgelaufenen Kalenderjahres festzustellen. Die Prüfung erstreckt sich nicht auf die Zweckmäßigkeit der vom Vorstand genehmigten Ausgaben. Die Revisoren haben in der Mitgliederversammlung auch die Vereinsmitglieder über das Ergebnis der Kassenprüfung zu unterrichten.

§ 12 Nachlassauflösung

Für Nachlassauflösungen kann bei Bedarf ein Ausschuss gebildet werden, der vom Vorstand vorgeschlagen wird. Der Leiter dieses Ausschusses muss dem Vorstand oder Beirat angehören.

§ 13 Auflösung

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
Der Antrag auf Auflösung muss mindestens einen Monat vorher bei einem Vorstandsmitglied schriftlich eingereicht und von mindestens einem Viertel der Mitglieder unterzeichnet sein.
2. Über die Verwendung des Vereinsvermögens beschließt diese Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit.

§ 14
Gerichtsstand

Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Hamburg.

Die Satzung wurde am 16. Mai 2006 auf der Jahreshauptversammlung in Banzkow durch die Mitgliederversammlung geändert.

Manfred Wullenweber
1. Vorsitzender

Beate Wagner
2. Vorsitzende

Paul Frank.
Schatzmeister

Die Satzungsänderungen wurden am 20. November 2021 auf der Jahreshauptversammlung ohne Präsenz beschlossen.

Günter Muckenhuber
1. Vorsitzender

Helmut Schraets
2. Vorsitzender

Peter Schardt
Schatzmeister